

In Anbetracht dessen, daß eine Stromzählermiete nicht berechnet wird, andererseits aber die Beschaffung von Stromzählern jetzt überaus große Kosten verursacht, steht sich die unterzeichnete Verwaltung gezwungen, von ihren Abnehmern ab 1. November 1922 einen Mindeststromverbrauch zu verlangen und zwar vorläufig für jeden aufgestellten Zähler 1/4 kwst. und für jeden Kraftzähler 1 kwst. monatlich. Wer diesen Mindestverbrauch nicht erreicht, hat den Betrag dafür trotzdem zu zahlen.

Hohenstein-Ernstthal, den 30. 10. 1922. Gas- und Elektrizitäts-Verwaltung.

**Bekanntmachung.** Für die wieder beginnende Quarterspeisung wird eine Frau zum Kochen gesucht. Es erfolgt gute Bezahlung. Persönliche Meldungen werden sofort erbeten bei dem Unterzeichneten.

**Reichenwagenbegleiter.** Bei hiesiger Gemeinde macht sich die Neubesehung eines Postens als Reichenwagenbegleiter erforderlich. Es erfolgt gute Bezahlung. Bewerbungen darum sind umgehend bei dem Unterzeichneten einzureichen.

**Öffentl. Gemeinderatsitzung** am Donnerstag, den 2. November 1922, abends 8 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses. Tagesordnung: 1. Kenntnisnahmen. 2. Beschlußfassung über einen 4. Nachtrag zum Ortsgesetz, die Unterstützung der in den Ruhezustand versetzten Gebäuden betr. 3. Zweite Beratung eines Steuernachtrages (Soziale Abgabe). 4. Beratung eines Ortsgesetzes über die Reisekosten für Ärzte in der Gemeinde Oberlungwitz. 5. Beschlußfassung über einen Nachtrag zum Sparkassenregulativ (betr. Höhe der Einlegerguthaben). 6. Beschlußfassung über einen weiteren Nachtrag zum Sparkassenregulativ (betr. Verzinsung der Einlegerguthaben).

1. Schutz der Wohltätigkeits-, Religions- und Erziehungsanstalten unter geeigneten Bürgschaften.
2. Zusage betr. Handelsfreiheit der Vereinigten Staaten, durch die jedoch anderen Vorrechten für Handelszwecke nicht präjudiziert werden soll.
3. Ausreichende Bürgschaften für den Minderheitschutz.
4. Bürgschaften zur Sicherung der Freiheit der Meeresengen.
5. Angemessene Erleichterungen für archäologische Forschungen und Studien.

Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt sich bereit, mit Zustimmung der beteiligten Mächte einer Beobachter zu der geplanten Konferenz zu entsenden, um ihre Interessen im Orient wahrzunehmen und den Meinungsaustausch zu erleichtern.

### Sozialdemokratische Wählerversammlung am Freitag, den 27. Oktober im „Schützenhaus“

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hatte zu einer Wählerversammlung nach dem „Schützenhaus“ eingeladen, dem ungefähr 200 Wähler Folge geleistet hatten.

Um 1/9 Uhr eröffnete der Versammlungsleiter, Herr Georgi, die Versammlung und erteilte Herrn Regierungsoberkommissar Casan das Wort, der u. a. ausführte: Die kommende Landtagswahl stehe unter besonders schwierigen Verhältnissen, denn in allen Ländern, auch in denen unserer Sieger, sei gegen früher eine Verschlechterung der Lebenshaltung eingetreten. Keine Partei habe diese Zustände vor Ausbruch des Krieges verschuldet, obwohl sie von den Rechtsparteien und den Kommunisten der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben werden. Deutschland habe sich im Verträge von Versailles verpflichtet, sein Einkommen dem Auslande auszuliefern, und die Reparationen aus Deutschlands Wirtschaftserträgen tragen dazu bei, daß unsere Verhältnisse immer schlechter werden. Wenn die Parteien behaupten, daß diese Zustände eine Folge der Nachkriegszeit sei, so bedeute dies eine Unwahrheit. In Deutschland haben wir gegenwärtig einen Papiergeldumlauf von 500 Milliarden, während er in Rußland schon vor Jahresfrist 30 Trilliarden betrug. Das Land befindet sich zwar im Besitz von Rohstoffen und reichen Bodenerzeugnissen, aber infolge Zerstörung der Verkehrsverhältnisse könne nichts heran- und herausgeschafft werden. Auch bei uns im Inlande seien heute Leute an der Arbeit, das Wirtschaftsleben zu verschlechtern. Das Bürgerturn z. B. habe beschlaffen, die Getreidepreise den Weltmarktpreisen anzugleichen, wodurch der Getreidepreis um das 4fache steige. Bei mehreren Jahren war von den Rechtsparteien die Einführung der freien Wirtschaft gepredigt und auf Beseitigung der Zwangswirtschaft gedrungen, lebt aber vielleicht nun heute der Arbeiter, der Beamte und Angestellte billiger als früher? Für die kommenden Landtagswahlen werden besonders zwei Grundsätze maßgebend sein und zwar, ob alle berufen sein sollen, an unserer Politik zu arbeiten oder ob gegen das Frauenrecht gearbeitet werden soll. Wer habe nun den Landtag aufgelöst und warum ist er aufgelöst worden? Der Landtag ist von den Bürgerlichen und den Kommunisten aufgelöst worden, von den letzteren, weil die Regierung keine Sozialpolitik, von den ersteren, weil sie Klassenpolitik getrieben habe. Dem sei aber nicht so: Die Regierung habe keine Klassenpolitik getrieben, was schon daraus zu ersehen sei, daß Vergehen gegen die Republik nur mit sehr niedrigen Strafen, andere Vergehen dagegen mit hohen Strafen belegt werden. Das läßt sich aber in Sachen auch nicht ändern, da ja die Richter nicht abgesetzt werden können und überdies die Gesetzgebung Sache des Reiches und nicht der Einzelstaaten sei. Daher sei der jetzigen Regierung kein Vorwurf zu machen, wenn sie nicht überall mit dem nötigen Nachdruck durchgedrückt habe. Als der Landtag 1920 gewählt worden war, erklärten sich die Kommunisten zwar zur Mitarbeit bereit, wollten aber keinerlei Verantwortung tragen. Deshalb wählten sie auch seinerzeit den Ministerpräsidenten mit, erklärten aber zugleich, alles tun zu wollen, um die Verfassung zu stürzen. Dreierlei Hindernisse standen der Regierung hemmend im Wege: Die Reichsgesetzgebung, eine ungeheure Schuldenlast und dazu eine unzuverlässige Landtagsmehrheit. Die sächsische Regierung habe trotzdem versucht, beim Reich durchzusetzen, was nur irgend möglich war, vor allen Dingen die Sicherstellung eines Mindestquartums von Getreide für die Minderbemittelten, ebenso die Festsetzung einer Kartoffelumlage. Auch habe sie eine Preiskontrolle eingeführt. Redner ging dann weiter ein auf die Arbeitslosenfrage, auf die

Wohnungs- und Besoldungsfragen, und meinte, man könne nicht behaupten, daß die Regierung Klassenpolitik getrieben habe, wenn sie auch dafür gesorgt habe, daß Beamte, die gegen die Gesetze eines modernen republikanischen Staates verstoßen, aus ihren Ämtern verschwinden. Selbstverständlich seien führende Stellen mit Sozialdemokraten besetzt worden. Gegen die Strafgesetze könne nichts unternommen werden, wohl aber habe die Regierung vom Rechte der Begnadigung ausgiebigen Gebrauch gemacht, sodaß im vorigen Jahre 47 000, in diesem Jahre bis zum August 30 000 Gefangene bearbeitet worden seien. Die Kommunisten hätten der Regierung wiederholt die Gefolgschaft verweigert. Als die beiden Arbeiterfeiertage eingeführt wurden, haben die Bürgerlichen erstmalig den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt. Es wurde mit den Kommunisten verhandelt; diese stellten jedoch der Regierung ein Ultimatum. Die Regierung war nicht in der Lage, den darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen nachzukommen, weil diese teils dem Reichsgesetz widersprachen, andererseits aber die Regierung diese Wünsche der Folgen wegen nicht erfüllen konnte. Was würde es bedeuten, wenn heute eine sozialdemokratische Mehrheit nicht mehr zustande kommen würde? Es würde auf den verschiedensten Gebieten sofort abgebaut werden, vor allen Dingen auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Deutschnationalen arbeiten vor allem gegen die hohen Löhne, für Beseitigung des gegenwärtigen Schulgesetzes, für den Abbau der Arbeiterfürsorge, für Beseitigung des Arbeitsstunden-tages und für Errichtung der Monarchie und des Kaiser-tums. Deutsche Volkspartei und Demokraten stehen ebenfalls auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft. Die Folgen einer solchen Mehrheit würden Arbeiter, Beamte und Angestellte in erster Linie verspüren. Die Massen der Arbeiter mögen aber festhalten am freien politischen Recht, am allgemeinen und gleichen Recht für alle, Forderungen, für die die Sozialdemokratie stets eingetreten und gekämpft habe.

In der Aussprache ergriff zunächst Herr Landtagsabgeordneter Drescher-Gersdorf das Wort, der die Ausführungen des Vorredners nachdrücklich unterstrich. Am 5. November — so sagt er u. a. — streiten sich um die Stimmenzahl der Wähler nicht weniger als 5 Parteien. Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige haben im alten Landtag ihre Pflicht getan, so weit es ihnen möglich war, während die Bürgerlichen bei der Mehrheit des Zustandekommens von Gesetzen stets hemmend eingewirkt haben. Die sozialistischen Vertreter haben versucht, die Sozialisierung auf den verschiedensten Gebieten durchzuführen, wenn dies nicht gelungen sei, so liege dies daran, daß vielfach Reichsgesetze dem entgegenstanden. Den Kommunisten komme jedoch niemand etwas recht machen, selbst der radikalste Minister nicht.

Herr Böttger-Wüstenbrand fragte den Referenten, warum die Arbeiterparteien den Landtag nicht selbst aufgelöst hätten. Er behauptet, es hätte den Mitgliedern die Entschlußfähigkeit gefehlt, und sucht dies durch einen Artikel der Volksstimme vom 13. November 1921 zu beweisen. Nach seiner Meinung würde weder eine sozialdemokratische, noch eine kommunistische Mehrheit zustande kommen und das Geschehe den Parteien gerade so recht.

Frau Drescher richtete einen warmen Appell an die Frauen, der Wahl nicht fern zu bleiben und die nötige Aufklärung hierzu sich in den allwöchentlich stattfindenden Versammlungen für Frauen in „Stadt Chemnitz“ zu holen. — Ein kommunistischer Redner verlangte Beweise für ausgesprochene Verleumdungen der kommunistischen Partei. Diese Beweise bekam er vom Referenten in seinem Schwurwort durch Artikel aus der „Roten Fahne“ und aus dem „Kämpfer“. Im übrigen bemerkte er noch, daß durch eine reaktionäre Mehrheit auch das gleiche Wahlrecht verschwinden würde. Hätten die arbeitenden Massen schon bei der vorigen Wahl ihre Pflicht getan, hätten wir nach seiner Meinung heute nicht diesen Brotmangel.

Hierauf wurde die Versammlung um 1/11 Uhr geschlossen.

### An unsere Freunde!

Papier und Löhne sind nach wie vor die hauptsächlichsten und ausschlaggebenden Ausgaben im Reiche der Zeitungen. Als wir zu Anfang des Monats Oktober vor unsere Leser traten und ihnen mitteilten, daß wir den Bezugspreis abermals erhöhen müßten, war der Preis des Papiers in einem Abkommen zwischen dem Verein Deutscher Zeitungsverleger und dem Verband Deutscher Druckpapierfabriken auf 83 Mark für das Kilo Zeitungsdruckpapier festgesetzt worden. Wider alles Erwarten erhöhten die

7. Beschlußfassung über einen gemeindlichen Zuschlag zur Wohnungsbaubgabe. 8. Anschluß an den Arbeitgeberverband sächs. Gemeinden. 9. Nachverwilligung eines Betrages von 7780 Mark für das Transformatorhaus auf dem Landgraben. 10. Besuch der Kleinrentner Sachsens um eine Unterstufung. 11. Besuch der Redaktion des Tageblattes um Erhöhung der Pauschalgebühren für die amtlichen Bekanntmachungen. 12. Besuch des Arbeitergefangenvereins um Ueberlassung eines Schutzimmers zu Singkünden. 13. Erhöhung der Gebühren für den Freibankfleischer und für die Ueberwachung. 14. Festsetzung der Mieten in den der Gemeinde gehörigen Häusern. 15. Erhöhung des Gehaltes für die Hausmannsrau in der Rochschule. 16. Regelung der Gebühren a) für den Begräbnisordner, b) für die Wagenbegleiter, c) für die Leichenfrau. 17. a) Anstellung sechs neuer Lehrer betr., b) Anstellung eines Anwärters in der Girokasse. 18. Beschlußfassung wegen Uebertragung der gesetzlichen Vormundschaft an den Gemeindevorstand. 19. Landtagswahl und Festsetzung der Entschädigung oder Vergütung an die Wahlvorstände. 20. Eingabe betr. Anerkennung eines gebildeten Kontrollausschusses.

Oberlungwitz, am 30. Oktober 1922.

Der Gemeindevorstand.

**Achtung! Landwirte!** Ein großer Teil der hiesigen Landwirte sind mit der Lieferung des ersten Drittels Getreideumlage im Rückstand. Es wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die Lieferung des Drittels nicht umgehend erfolgt, vom Bezirksverband Enteignung angeordnet werden wird und strenge Bestrafung erfolgt.

Oberlungwitz, 30. Oktober 1922.

Der Gemeindevorstand.

Letzteren im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium und ohne die Herausgeber der Zeitungen zu fragen, am 16. Oktober den Preis um 17 Mark für das Kilo, also auf 100 Mark, das Fünfhundertfache des Friedenspreises. Wir brauchen unseren Lesern nicht zu sagen, daß auf eine solche Steigerung die am 1. Oktober bekanntgegebene Erhöhung des monatlichen Bezugspreises nicht eingestellt war, zumal zu gleicher Zeit die Löhne unserer Gehilfen im Oktober dreimal um erhebliche Beträge heraufgesetzt wurden. Für den Monat November haben die Papierfabrikanten ihrer bisher befolgten Preispolitik getreu den Preis, den sie für das Kilo Papier fordern werden, noch nicht festgelegt, haben aber zu erkennen gegeben, daß infolge der um 25 Prozent erhöhten Preise für Holzschliff, der um 50 Prozent gestiegenen Rohlenpreise und der erneut erhöhten Frachtsätze mit einer bedeutenden weiteren Steigerung des Papierpreises unbedingt zu rechnen sein werde. Wie aus eingeweihten Kreisen verlautet, wird diese Erhöhung mindestens 50 Mark, wahrscheinlich aber mehr, für das Kilo betragen, so daß mit einem Papierpreis von mindestens 150 Mark, das wäre das Siebenhundert- und fünfzigfache des Friedenspreises, zu rechnen wäre. Da am 3. November der Tarifausschuß für das Buchdruckgewerbe wieder zusammentritt und abermals eine beträchtliche Erhöhung der Löhne beschließen dürfte, bedarf es keinen Worte, um unsere Leser zu überzeugen, daß wir mit einem Bezugspreis wie bisher von 130 Mark einschließlich der Zustellgebühr nicht mehr auskommen können. Und so haben wir uns schweren Herzens entschließen müssen, den Bezugspreis abermals herauszusetzen. Wir hoffen heute zu Beginn des Monats mit einem Preise von 200 Mark auskommen zu können, sind aber überzeugt, daß im Laufe des Monats durch die sich überfüllende Zunahme der Feuerung auch dieser Preis durch erneute Erhöhungen der wesentlichen Materialien und Löhne überholt wird, ohne daß wir in der Lage sind, diesen Preissteigerungen folgen zu können. Wir werden aber versuchen durchzuhalten, bis wir mit allen deutschen Zeitungen am Ende unserer Kraft sind.

Unsere Leser werden im Hinblick hierauf erkennen, daß wir ohne eine Erhöhung des Bezugspreises nicht durchkommen können, daß aber die Gewalt der sächsischen Zeit größer ist, als unser Wollen, uns allmählich wieder normalen Verhältnissen nähern zu können. Wir sind überzeugt, daß unsere Leser uns die Treue halten und wegen der siebzig Mark für den Monat, die im Haushalte des Einzelnen ja heute nichts bedeuten und etwa den Preis für ein Achtelehnd und Wurst darstellen, unser Blatt, das ihnen ein langjähriger, gerungelter Hausfreund geworden ist, nicht abbestellen werden.

Und so hoffen wir, auch im Monat November alle unsere bisherigen Leser wieder begrüßen zu können.

Sodachtensvoll

Der Verlag

des Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger Dr. Alban Frisch.

Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle stellt sich der Bezugspreis auf 185 Mark monatlich, wöchentlich auf 45 Mark.

Der Anzeigenpreis wird für die Zeile um eine Kleinigkeit, von 12 auf 15 Mark, erhöht.

### Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 1. November 1922.

Wettervorauslage für morgen:

Heiter, trocken, kalt, östliche Winde.

Temperatur am 31. Oktober:

Minimum +3,0, 12 Uhr +9,4, Maximum +9,6

—e. Eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei ist gestern auch in unserer Stadt gegründet worden. Es hatten sich dazu eine Anzahl Herren aus allem Kreise eingefunden, vor denen zunächst Herr Böhm, sächsischer Landespolitiker, über „Sächsisches Landespolitik“ sprach. Er wies zunächst auf die große Bedeutung der sächsischen Wahlen für Mitteldeutschland und das ganze Reich hin und besprach dann in kurzen Zügen folgende Gebiete: Währungsproblem — Arbeitsrecht — Betriebsrätegesetz — Sozialisierung sowie die in Sachen getriebene Politik, die durchaus mittelstands-, religions- und beamtenfeindlich gewesen sei. Das größte Hindernis für jede Stabilisierung und Berufigung sei natürlich der Verfallener Vertrag. Unerläßlich sei die Bildung einer Schicksalsgemeinschaft aller Volksgenossen; die Lösung müsse sein: aktive Einstellung zum Staate, nicht Klassenkampf, wobei die Staatsform keine Rolle spiele. Hierauf wurde nach